



**Vergabe-Nr. 2026-2**

**GeoForum im Neubau Geowissenschaften der LMU München**

## **Teilnahmeantrag**

**Änderungen an den vorformulierten Texten sind unzulässig. Erklärungen, die nicht auf den Bewerber zutreffen, sind als solche zu kennzeichnen. Zu diesen Punkten sind nähere Erläuterungen auf einer Anlage erforderlich.**

**Bei Bewerbergemeinschaften ist der Teilnahmeantrag von der Bewerbergemeinschaft selbst auszufüllen. Zusätzlich müssen auch die einzelnen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft einen gesonderten Teilnahmeantrag ausfüllen, bei dem jedoch die Ziffern I.2, III.2.2 und V ausgelassen werden können.**

### **I. Allgemeine Angaben zum Wirtschaftsteilnehmer**

#### **1. Angaben zum Wirtschaftsteilnehmer**

Name des Unternehmens mit Rechtsform	
Adresse	
E-Mail	
Telefonnummer	
Register-Nr. und Registergericht	
Umsatzsteuer-ID	
Form der Teilnahme Bewerber, Bewerbergemeinschaft, Mitglied der Bewerbergemeinschaft	

## 2. Erklärung der Bewerbergemeinschaft

*(nur von einer Bewerbergemeinschaft auszufüllen)*

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft,

Mitglied	
Mitglied	
Mitglied	
Mitglied	

erklären, uns im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Als bevollmächtigten Vertreter benennen wir

Mitglied

Wir erklären weiter, dass

1. der oben bezeichnete bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren und im Falle der Auftragserteilung bei der Durchführung des Vertrages rechtsverbindlich vertritt,
2. der oben bezeichnete bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen und
3. alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften.

Zur Ausführung der Leistung benennen wir folgende Mitglieder für die jeweiligen Leistungsbestandteile:

Mitglied	Leistungsbestandteil

## II. Erklärung zu Ausschlussgründen

Liegt ein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) oder § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vor, so sind dem Angebot aussagefähige Unterlagen zur Selbstreinigung gemäß § 124 GWB beizufügen.

### 1. Eigenerklärung zum Fehlen von Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB

- ☐ Hiermit erklären wir, dass Strafen oder Geldbußen für die unten erwähnten Tatbestände während der letzten fünf Jahre gegen unser Unternehmen bzw. Personen, deren Verhalten unserem Unternehmen gemäß § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist, nicht verhängt worden sind. Darüber hinaus wird versichert, dass unser Unternehmen der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung gemäß den am Firmensitz geltenden Rechtsvorschriften ordnungsgemäß nachgekommen ist.

Gemäß § 123 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sind Bieter von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren auszuschließen, wenn eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen nach § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu

verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 233a Absatz 1 bis 5, den 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne der oben genannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen gemäß § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus sind gemäß § 123 Abs. 4 GWB Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde.

## **2. Eigenerklärung zum Fehlen von Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB**

### **2.2. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB**

☐ Hiermit erklären wir, dass

1. unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge die geltenden umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtlichen Verpflichtungen stets beachtet hat;
2. unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen unseres Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet wurde oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet;
3. unser Unternehmen oder Personen, deren Verhalten dem Unternehmen gemäß § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen sind, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine nachweislich schwere Verfehlung begangen haben, die die Integrität des Bieters in Frage stellt;
4. unser Unternehmen keine Vereinbarung mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;
5. aus Sicht des Unternehmens kein Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren besteht;
6. unser Unternehmen bisher keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat;
7. unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat bzw. nicht in der Lage war, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln;
8. unser Unternehmen zu keinem Zeitpunkt,
  - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
  - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
  - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

### 2.3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB

Uns ist bekannt, dass Bewerber oder Bieter gemäß § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Auftraggeber für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind. Das Gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.

Uns ist bekannt, dass Bewerber oder Bieter gemäß § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG) von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer- Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Auftraggeber ausgeschlossen werden können, wenn diese oder dessen nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch mit einer Geldbuße von wenigstens Zweitausendfünfhundert Euro rechtskräftig belegt worden ist oder nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt worden ist.

Uns ist bekannt, dass Bewerber oder Bieter gemäß § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Auftraggeber für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind.

Uns ist bekannt, dass Bewerber oder Bieter gemäß § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Auftraggeber bis zu einer Dauer von drei Jahren ausgeschlossen werden, die oder deren nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigte nach § 8 Absatz 1 Nummer 2, §§ 10 bis 11 SchwarzArbG, § 404 Absatz 1 oder 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, §§ 15, 15a, 16 Absatz 1 Nummer 1, 1c, 1d, 1f oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes oder § 266a Absatz 1 bis 4 des Strafgesetzbuches

zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als neunzig Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist. Das Gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.

Uns ist bekannt, dass Unternehmen von der Teilnahme an einem Verfahren über die Vergabe eines Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrags bis zur nachgewiesenen Selbstreinigung nach § 125 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Absatz 1 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) mit einer Geldbuße nach Maßgabe von § 22 Absatz 2 LkSG belegt worden sind.

☐ Wir erklären hiermit,

dass keine der zuvor genannten Gründe vorliegen, die einen Ausschluss unseres Unternehmens von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

### **3. Eigenerklärung beim Vorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB**

☐ Hiermit erklären wir, dass folgende Fälle der §§ 123, 124 GWB vorliegen:

☐ Aussagefähige Angaben zur Selbstreinigung gemäß § 125 GWB fügen wir bei.

### III. Eignungskriterien

#### 2. Angaben zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

*(Hinweis: Bewerbergemeinschaften geben unter Ziffer 1.1 die Summe der Umsätze der einzelnen Mitglieder an.)*

##### 1.1. Angaben zum Umsatz bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahren

Geschäftsjahr	2023	2024	2025
Umsatz (netto) des Unternehmens bezogen auf den Tätigkeitsbereich dieser Ausschreibung – Ausstellungsgestaltung			

##### 1.2. Angaben zur Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung

- ☐ Der Bewerber versichert, über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von 3.000.000 € für Personenschäden und 1.000.000 € für Sachschäden und Vermögensschäden zu verfügen.

Oder:

- ☐ Der Bewerber versichert, im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung abzuschließen.

Der Bewerber muss als Mindestanforderung eine der oben genannten Anforderungen erfüllen. Der Nachweis der Versicherung ist unmittelbar nach Vertragsschluss vorzulegen.

#### 2. Angaben zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

*(Hinweis: Bewerbergemeinschaft geben unter Ziffer 2.1a die Summe der Beschäftigten aller Mitglieder an.)*

##### 2.1.a Erklärung zu den Beschäftigten

Kalenderjahr	2023	2024	2025
Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl			



### 2.1.b Qualifikation, Ausbildung und Abschluss Mitarbeitende Mindestanforderung

	Name	Position/Tätigkeit	Ausbildung: Abschluss, Art/Bezeichnung, Jahr	Wochenstunden
1				
2				
3				
4*				

Der Bewerber muss bei Abgabe des Teilnahmeantrags mindestens drei feste Mitarbeiter (Inhaber eingeschlossen) im Bereich Ausstellungsgestaltung und -planung mit abgeschlossener Ausbildung im Bereich Ausstellungsdesign, Produktdesign, Architektur, Szenographie, Grafik, visuelle Kommunikation, Theaterwissenschaft, Bühnenbild, Kunst oder artverwandter Berufe beschäftigen. Inhaber zählen wie Mitarbeiter. Bei Teilzeitangestellten zählen zwei halbe Stellen wie eine Ganze, insoweit aufaddiert mindestens 40 Wochenstunden erreicht werden. Die Mitarbeitenden müssen im bietenden Unternehmen ausschließlich oder weit überwiegend im Bereich Ausstellungsgestaltung und/oder -planung tätig sein (Mindestanforderung).

\* Ein vierter Mitarbeiter ist nur bei Teilzeit anzugeben.

### 2.2. Referenzen

Es sind mindestens drei Ausstellungen (Dauerausstellung oder Sonderausstellung) mit mind. 700 qm Ausstellungsfläche anzugeben, die in den letzten 10 Jahren (maßgeblich ist der Ablauf der Teilnahmefrist) über alle Leistungsphasen erarbeitet und fertiggestellt wurden.

Davon muss mindestens eine Ausstellung einen Bezug zu einem naturwissenschaftlichen Thema haben.

Bitte füllen Sie zu jeder Referenz eine der unten stehenden Tabellen aus und legen Sie zu jeder Referenzausstellung eine Darstellung (in Text und Bild auf max. drei DIN A4-Seiten je Projekt), die in einer PDF mit max. 10 MB zusammengefasst werden, anbei. Die Bewertung erfolgt anhand der Wertungsmatrix für Stufe 1. Aus den Angaben in den Tabellen und den Projektbeschreibungen müssen sich dementsprechend alle notwendigen Angaben für die Bewertung gemäß der Wertungsmatrix ergeben.

Referenz 1	
Auftraggeber:	
Ansprechpartner beim Auftraggeber, Tel.-Nr.	
Name der Ausstellung	
Bei Bewerbergemeinschaften: Mitglied, das das Projekt durchgeführt hat:	
Ausstellungsfläche (mind. 700 qm):	
<b>Ausgeführte Leistungen:</b>  (Es müssen alle Leistungen, die für die Planung und Realisierung der Ausstellung erforderlich sind erbracht worden sein. Die Angabe der Leistungen kann nach den Leistungsphasen der HOAS erfolgen. Nach der HOAS wären also die Leistungsphasen 1 bis 7 erforderlich)	
<b>Fertigstellung der Ausstellung:</b>  (Die Ausstellung muss fertiggestellt sein. Der Fertigstellungstermin darf nicht mehr als 10 Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist liegen)	
Die Referenz hat einen Bezug zu einem naturwissenschaftlichen Thema:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Höhe des Umsetzungsbudgets brutto:</b>  Das Umsetzungsbudget kann nach dem Baupreisindex des Statistischen Bundesamtes auf den aktuellen Stand indiziert werden. Bitte geben Sie in diesem Fall das damalige und das berechnete Umsetzungsbudget an.	
Ein Media-Guide wurde mitgeplant:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> nur Grundkonzeption
<b>Projektbeschreibung:</b>  Aus der Projektbeschreibung sollten sich alle Angaben für eine Bewertung gemäß der Bewertungsmatrix ergeben.	<input type="checkbox"/> Eine aussagekräftige Projektbeschreibung auf maximal drei DIN A4-Seiten legen wir anbei.

Referenz 2	
Auftraggeber:	
Ansprechpartner beim Auftraggeber, Tel.-Nr.	
Name der Ausstellung	
Bei Bürgerbergemeinschaften: Mitglied, das das Projekt durchgeführt hat:	
Ausstellungsfläche (mind. 700 qm):	
<b>Ausgeführte Leistungen:</b>  (Es müssen alle Leistungen, die für die Planung und Realisierung der Ausstellung erforderlich sind erbracht worden sein. Die Angabe der Leistungen kann nach den Leistungsphasen der HOAS erfolgen. Nach der HOAS wären also die Leistungsphasen 1 bis 7 erforderlich)	
<b>Fertigstellung der Ausstellung:</b>  (Die Ausstellung muss fertiggestellt sein. Der Fertigstellungstermin darf nicht mehr als 10 Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist liegen)	
Die Referenz hat einen Bezug zu einem naturwissenschaftlichen Thema:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Höhe des Umsetzungsbudgets brutto:</b>  Das Umsetzungsbudget kann nach dem Baupreisindex des Statistischen Bundesamtes auf den aktuellen Stand indiziert werden. Bitte geben Sie in diesem Fall das damalige und das berechnete Umsetzungsbudget an.	
Ein Media-Guide wurde mitgeplant:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> nur Grundkonzeption
<b>Projektbeschreibung:</b>  Aus der Projektbeschreibung sollten sich alle Angaben für eine Bewertung gemäß der Bewertungsmatrix ergeben.	<input type="checkbox"/> Eine aussagekräftige Projektbeschreibung auf maximal drei DIN A4-Seiten legen wir anbei.

Referenz 3	
Auftraggeber:	
Ansprechpartner beim Auftraggeber, Tel.-Nr.	
Name der Ausstellung	
Bei Bewerbergemeinschaften: Mitglied, das das Projekt durchgeführt hat:	
Ausstellungsfläche (mind. 700 qm):	
<b>Ausgeführte Leistungen:</b>  (Es müssen alle Leistungen, die für die Planung und Realisierung der Ausstellung erforderlich sind erbracht worden sein. Die Angabe der Leistungen kann nach den Leistungsphasen der HOAS erfolgen. Nach der HOAS wären also die Leistungsphasen 1 bis 7 erforderlich)	
<b>Fertigstellung der Ausstellung:</b>  (Die Ausstellung muss fertiggestellt sein. Der Fertigstellungstermin darf nicht mehr als 10 Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist liegen)	
Die Referenz hat einen Bezug zu einem naturwissenschaftlichen Thema:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Höhe des Umsetzungsbudgets brutto:</b>  Das Umsetzungsbudget kann nach dem Baupreisindex des Statistischen Bundesamtes auf den aktuellen Stand indiziert werden. Bitte geben Sie in diesem Fall das damalige und das berechnete Umsetzungsbudget an.	
Ein Media-Guide wurde mitgeplant:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> nur Grundkonzeption
<b>Projektbeschreibung:</b>  Aus der Projektbeschreibung sollten sich alle Angaben für eine Bewertung gemäß der Bewertungsmatrix ergeben.	<input type="checkbox"/> Eine aussagekräftige Projektbeschreibung auf maximal drei DIN A4-Seiten legen wir anbei.

#### IV. entfällt

#### V. Unterauftragnehmer / Eignungsleihe

##### 1. Unterauftragnehmer

Zur Erfüllung des Auftrages beabsichtigen wir, einen Teil der zu erbringenden Leistungen an einen Dritten abzugeben:

☐ ja      ☐ nein

Falls ja, nennen Sie bitte die Leistungsbereiche, für die Unterauftragnehmer vorgesehen sind.

Leistungsbereiche, für die Unterauftragnehmer vorgesehen sind:

- ☐ Wir erklären, dass wir alle Leistungen, die nicht in der oben stehenden Tabelle aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werden.
- ☐ Wir erklären, dass wir nur Unterauftragnehmer mit der Ausführung von Teilleistungen beauftragen werden, bei denen nach unserer Kenntnis keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123,124 GWB vorliegen.

Vor Zuschlagserteilung kann der Auftraggeber von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, die Unterauftragnehmer zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. Außerdem kann der Auftraggeber verlangen, dass der Bieter innerhalb von sechs Tagen eine Erklärung des Unterauftragnehmers zum Fehlen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB vorlegt.

##### 2. Eignungsleihe

- ☐ Zur Erfüllung der Eignungskriterien nehmen wir folgende Fähigkeiten oder Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch:

Angabe der zu überlassenen Fähigkeit / Kapazität	Name und Anschrift des Unternehmens

Die angegebenen Firmen werden bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit des Bewerbers nur dann berücksichtigt, wenn mit dem Angebot eine Erklärung der Firmen zum Fehlen von Ausschlussgründen gemäß Ziffer III. und eine Verpflichtungserklärung mit folgendem Inhalt eingereicht wird:

### **Verpflichtungserklärung im Rahmen der Eignungsleihe**

Name des sich verpflichtenden Unternehmens:

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an die

(Name des Bewerbers)

die nachfolgenden Kapazitäten zur wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und/oder beruflichen Leistungsfähigkeit zur Verfügung zu stellen:

### Haftungserklärung im Rahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Eignungsleihe:

Wir verpflichten uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den vorgenannten Bewerber mit diesem für die Auftragsdurchführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe zu haften.

## VI. Sonstige Erklärungen

### 1. Größe des Wirtschaftsteilnehmers

Bei unserem Unternehmen handelt es sich um ein:

- ☐ Kleinstunternehmen
- ☐ Kleines Unternehmen
- ☐ Mittleres Unternehmen
- ☐ Großunternehmen

Erläuterung:

Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt über folgende Definition:

- Kleinstunternehmen: bis 9 Beschäftigte und bis 2 Millionen Euro Umsatz
- Kleines Unternehmen: bis 49 Beschäftigte und bis 10 Millionen Euro Umsatz und kein Kleinstunternehmen
- Mittleres Unternehmen: bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Umsatz und kein kleines Unternehmen
- Großunternehmen: über 249 Beschäftigte oder über 50 Millionen Euro Umsatz

### 2. Erklärung zu restriktiven Maßnahmen in Bezug zu Russland

2.1 ☐ Wir erklären hiermit verbindlich,

dass unser Unternehmen nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, gehört,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers / Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers / Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a) und/oder b) zutrifft.

2.2 ☐ Wir erklären hiermit weiterhin,

dass die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift, gehören.

2.3 ☐ Es wird bestätigt und sichergestellt,

dass auch während der Vertragslaufzeit keine Unternehmen als **Unterauftragnehmer oder Lieferanten** eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt und die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift haben.

2.4 ☐ Die vorstehenden Erklärungen zu Ziffer 2.1 bis 2.3 können wir nicht verbindlich abgeben, weil

### 3. Nationalität des wirtschaftlich Berechtigten

Unser Unternehmen ist börsennotiert: ☐ ja ☐ nein

Falls das Unternehmen nicht börsennotiert ist, geben Sie bitte im Folgenden die Nationalität des wirtschaftlich Berechtigten des Bieterunternehmens an:

Nationalität des wirtschaftlich Berechtigten:

*(Der Begriff des wirtschaftlich Berechtigten ist in § 3 Geldwäschegesetz näher definiert).*



Uns ist bekannt, dass Falschangaben im Rahmen der vorstehenden Eigenerklärungen oder Verstöße gegen darin übernommene Verpflichtungen zu einem Ausschluss von öffentlichen Auftragsvergaben durch den Auftraggeber für einen angemessenen Zeitraum führen können.

Die nachfolgende Namensangabe gilt als verbindliche Erklärung, dass alle vorstehenden Angaben zutreffend sind:

Datum	Name der Person, die diese Erklärung abgibt
-------	---